57. Jahrgang. № 336. Donnerstag, 5. Dezember 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,00 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zugesandt. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

BERNHARD SCHÄFER INH.: H. SCHÄFER KÖNIGL. HOFLIEFERANT 7 PRAGER STRASSE — AUSERLESENE BRONZEN IN REICHSTER AUSWAHL

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Dresden-A., Serrestrasse 5/7
gegenüber der Ortskrankenkasse.
Gegr. 1868. — Fernruf: 3160 und 17426. — Gegr. 1868.

: Lampen : für alle Lichtarten. Installation für Gas und elektrisch.
Glühkörper, Zylinder, Osramlampen
: Petroleum, Gasglühlicht, elektrisch. :

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Dresden-A., Serrestrasse 5/7
gegenüber der Ortskrankenkasse.
Gegr. 1868. — Fernruf: 3160 und 17426. — Gegr. 1868.

Reise-Artikel und Lederwaren grösste Auswahl in allen Preislagen. Stets Neuheiten. Robert Kunze, Altmarkt–Rathaus und Prager Strasse 30.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wolkig, mild, zeitweise Regen.

Gegen die Auslegung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat gab im Reichstage der Abgeordnete Spahn im Namen des Zentrums eine scharfe Erklärung ab, auf die der Reichskanzler in einer längeren Rede antwortete.

Die Zweite Kammer beschäftigte sich gestern fast ausschließlich mit Petitionen.

Der Papst dankte in einem Briefe an den Kardinal Kopp den deutschen Bischöfen für die Ergebenheit, mit der sie die Enzyklika über die Gewerkschaften aufgenommen haben.

Eine Abteilung der deutschen Neu-Kamerunner Grenzexpedition hatte mit Eingeborenen ein Gefecht zu bestehen.

Im schweizerischen Nationalrat stimmten die Sozialdemokraten gegen den Nachtragskredit für den Kaiserbesuch.

Der englische Vorschlag auf Einberufung einer Botschafterkonferenz ist dem Wiener Kabinett vorgelegt und von diesem wohlwollend aufgenommen worden.

In Belgrad hält man die Gegensätze zwischen Bulgarien und Griechenland für so ernst, daß man sogar mit der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes rechnet.

Präsident Taft richtete an den Kongreß eine Botschaft, in der er zur Einigkeit in der äußeren Politik ermahnte.

Die vierte russische Reichsduma.

Die vierte russische Reichsduma, die in diesen Tagen ihre erste Session mit der Wahl des Oktobristen Rodsianko zum Präsidenten begonnen hat, zeigt ein wesentlich anderes Gesicht als die dritte, die in dem von den Oktobristen gebildeten Zentrum ihren Schwerpunkt hatte. Die beiden ersten russischen Volksvertretungen waren bekanntlich dermaßen radikal oder, richtiger gesagt, politisch unzurechnungsfähig, daß sie rasch dem Schicksal der Auflösung verfielen. Die Regierung erließ alsdann einseitig — „oktroyieren" ist dafür der offizielle Ausdruck — ein neues Wahlgesetz, das von der Absicht diktiert war, den allzu demokratischen Charakter des früheren Wahlrechts in einem besser den russischen Verhältnissen angepaßten Sinne zu beschränken. Nach diesem heute noch gültigen Wahlgesetz, das die Mandate für die Reichsduma auf 442 festsetzt und die Legislaturperiode auf fünf Jahre erstreckt, werden die Wahlen auf indirektem Wege und in Kurien vollzogen. Die Urwähler wählen zuerst Wahlmänner und diese dann die Abgeordneten. Das Wahlverfahren ist sehr langwierig, so daß die Neuwahlen sich über mehrere Wochen hin erstrecken. Kurien gibt es fünf, nämlich eine der Großgrundbesitzer, eine des Großbürgertums, eine des Kleinbürgertums, eine Bauern- und eine Arbeiterkurie. In der Kurie des Großbürgertums entfällt je ein Wahlmann auf 230, in der Kurie der Arbeiter je einer auf 125 000 Wähler. Mit Hilfe dieses oktroyierten Wahlrechts und einer entsprechenden amtlichen Beeinflussung der Wähler gelang der Regierung im Jahre 1907 tatsächlich das damals vielfach für aussichtslos gehaltene Experiment, eine arbeitsfähige Volksvertretung zustande zu bringen. In der dritten Reichsduma, die ihre verfassungsmäßige Lebensdauer regelrecht vollendet hat, wurde das Zentrum durch die 128 Mitglieder der das Großbürgertum vertretenden Partei der Oktobristen gebildet. Obwohl die Rechte einschließlich der Nationalisten 195 Mitglieder zählte, spielten die Oktobristen doch die ausschlaggebende Rolle, da sie der Regierung den notwendigen Rückhalt gegen die namentlich in der ersten Zeit noch mehrfach bekundete Neigung, der Rechten zur Beseitigung der konstitutionellen Einrichtungen und zur Wiederaufrichtung der alten Autokratie gewährten. Die mit Hilfe der Oktobristen erzielten gesetzgeberischen Erfolge der dritten Reichsduma liegen hauptsächlich auf den Gebieten des Volksschulwesens und der Agrarreform; auch die erhebliche Besserung der Finanzen ist auf ihre verständnisvolle Mitwirkung zurückzuführen. Dagegen erlitt die oktobristische Politik eine Niederlage bei dem Gesetzentwurf über die religiöse Gewissensfreiheit, der an dem hartnäckigen Widerstande der orthodoxen Rechten scheiterte. Die Russifizierungsmaßnahmen der Regierung wurden von den Oktobristen im Verein mit der Rechten gefördert, so daß die Ausnahmegesetze gegen Polen und Finnländer, sowie gegen die deutschen Kolonisten verabschiedet werden konnten.

Die neue vierte Reichsduma zählt auf der rechten Seite gegenüber den 195 Mandaten der dritten 213 Mitglieder, während die Oktobristen von 128 auf 80 Abgeordnete vermindert worden sind. Danach ist also jedenfalls eine Verschiebung des parlamentarischen Schwerpunktes nach der rechten Seite hin eingetreten. Das Bedenkliche dieser Entwicklung, die unter Umständen sowohl in innerpolitischer konstitutioneller Hinsicht wie nach außen hin durch Begünstigung des Panslawismus üble Folgen zeitigen könnte, wird indessen beträchtlich abgeschwächt durch den Umstand, daß die Rechte keine geschlossene Einheit bildet. Es sind nämlich drei Gruppen zu unterscheiden, zuerst die eigentliche äußerste Rechte, die sich mit der Verfassung noch immer nicht abgefunden hat und jederzeit bereit sein würde, zu einer Revolution von oben her die Hand zu bieten; sodann die Nationalisten, die den Hauptnachdruck ihres Programms auf das nationale Prinzip im Sinne einer umfassenden rücksichtslosen Russifizierung aller „Fremdstämmigen" legen und sich bei aller sonstigen Uebereinstimmung mit dem äußersten rechten Flügel in der Verfassungsfrage zum mindesten vorsichtiger verhalten. Endlich hat sich neuerdings noch eine dritte Gruppe abgetrennt, die eine Mittelstellung zwischen den Nationalisten und Oktobristen einnimmt und namentlich durch die programmatische Betonung der Fürsorge für die Volksbildung sich dem oktobristischen Zentrum nähert. Da diese neue Gruppe, deren Führer, der Kammerherr Krupenski, voraussichtlich sehr bald zu einer größeren parlamentarischen Bedeutung gelangen dürfte, 40 Mitglieder zählt und die Zahl der nationalistischen Sitze sich auf 80 beläuft, so bleiben für die eigentliche äußerste Rechte 93 Sitze übrig.

In der Person des Präsidenten ist der „Zug nach rechts", der die neue Reichsduma beherrscht, nicht zum Ausdruck gekommen. Rodsianko, der auch in der dritten Reichsduma zuletzt den Vorsitz führte, ist Oktobrist und verdankt seine Wahl nicht, wie man zuerst annehmen konnte, einem Kompromiß mit der Rechten, sondern ist von den Oktobristen im Verein mit der Linken auf den Schild erhoben worden. Die Oktobristen haben mit diesem Vorgehen den Zweck verfolgt, der Regierung vor Augen zu führen, daß sie auch jetzt noch eine Macht sind, mit der gerechnet werden muß. Ob es klug gehandelt war, gleich mit einer solchen Kraftprobe den Anfang zu machen, erscheint fraglich. Einstweilen ist dadurch nur eine scharfe gegnerische Stellung gegenüber der gesamten Rechten erzielt worden, die zum Protest gegen die Wahl Rodsiankos vor dessen Antrittsrede den Saal verlassen hat. Für Herrn Kokowzow ist diese Scheidung der Geister ein unerfreuliches Ereignis, da er schon wegen seiner finanziellen Pläne keine parteipolitisch überhitzte Reichsduma gebrauchen kann, sondern ebenso wie sein Vorgänger Stolypin auf eine Volksvertretung angewiesen ist, mit der sich sachlich arbeiten läßt.

Wie sich die weiteren Verhältnisse gestalten werden, läßt sich heute noch gar nicht übersehen, da es der Regierung an einer festen Mehrheit mangelt. Zur Mehrheitsbildung nach rechts hin sind von den 93 Stimmen des äußersten rechten Flügels mindestens 22 erforderlich, da die absolute Mehrheit 222 Stimmen beträgt und Oktobristen, die Gruppe Krupenski und Nationalisten zusammen nur über 200 Stimmen verfügen. Ob sich aber ein solcher Teil der äußersten Rechten stets bereit finden lassen wird, mit den Oktobristen und der Krupenski-Partei Hand in Hand zu gehen, ist mindestens fraglich, ganz abgesehen davon, daß auch die Nationalisten keineswegs als ein unbedingt zuverlässiger Faktor bei der Bildung einer Regierungsmehrheit gelten können. Von der radikalen Linken aber hat die Regierung gar nichts zu hoffen. Die Stimmung ist dort scharf oppositionell, und die vielen neuen Elemente auf der linken Seite, die durch die Wahlen auf den Schild erhoben worden sind, lassen bei ihrem jeglichen Mangel an politischer Erziehung ein ähnliches Gebaren befürchten, wie es ihre Kollegen in der verflossenen ersten und zweiten Reichsduma zur Schau getragen haben. Der Ausblick in die Zukunft der vierten Reichsduma ist also keineswegs ungetrübt, und eine vorzeitige Auflösung liegt im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, falls es der bewährten diplomatischen Geschicklichkeit des Herrn Kokowzow nicht doch noch gelingen sollte, aller Schwierigkeiten Herr zu werden und mit einer Mehrheit von Fall zu Fall sich durchzulavieren.

Eßt Pfunds Yoghurt!

„Krieg oder Frieden".

Die „Frkft. Ztg." will wissen, daß der bekannte Artikel der „Köln. Ztg." „Krieg oder Frieden" den amtlichen Berliner Stellen bis zum Augenblick des Erscheinens unbekannt gewesen sei und der amtlichen Auffassung nicht entspreche.

Die Botschafterkonferenz.

Der österreichisch-ungarischen Regierung liegt der formelle Vorschlag der englischen Regierung für eine Botschafterkonferenz zur Besprechung der aus dem Balkankriege entstandenen Fragen vor. Die österreichisch-ungarische Regierung wird zu dem Vorschlage, der in Wien eine sympathische Aufnahme und wohlwollende Beurteilung findet, im Verein mit ihren Verbündeten Stellung nehmen. Wie verlautet, handelt es sich nicht um eine Konferenz, die bindende Beschlüsse fassen soll, sondern um eine Zusammenkunft der Botschafter, durch deren Besprechungen die späteren Verhandlungen der Großmächte vorbereitet und beschleunigt werden sollen.

Der Waffenstillstand

ist durch die Bevollmächtigten Bulgariens im Namen Bulgariens, Serbiens und Montenegros unterzeichnet worden. Griechenland hat sich eine Frist von 24 Stunden ausbedungen, um sich der Unterzeichnung anzuschließen. Im Falle des Nichtanschlusses wird die griechische Regierung gleichwohl sich an den Friedensverhandlungen beteiligen.

Ueber das Verhalten Griechenlands

erfährt man: Von Anfang an war Griechenland zur Zurückweisung der Gegenvorschläge der Türkei entschlossen in der Meinung, daß, wenn die Türkei wirklich ernstlich verhandeln wolle, es nur im Interesse der Alliierten liege, die Verhandlungen fortzuführen, während gleichzeitig auch der Krieg fortdauere unter Konzentrierung ihrer Streitkräfte. Athener Militärkreise glauben, daß die Weiterführung des Krieges unter Zusammenziehung alles disponiblen und zwar sehr beträchtlichen Truppenmaterials der Alliierten in Thrazien das beste wäre.

Türkische Maßnahmen.

Das Amtsblatt veröffentlicht ein Irade betreffend die Emission von Schatzscheinen in Höhe von 3 800 000 Pfund. Wie verlautet, soll die Hälfte von ausländischen Banken übernommen werden. An der Tschataldscha-Linie ist mit dem Bau von Baracken für die Ueberwinterung der türkischen Truppen begonnen worden. Die fremden Attachés sind nach Konstantinopel zurückgekehrt.

Ein türkischer Minenleger.

Auf der Germaniawerft lief ein für die türkische Regierung bestimmter Minenleger vom Stapel.

Die neuesten Drahtberichte lauten:

Die Aussichten der Botschafterkonferenz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Zeit und den Ort der Einberufung einer Botschafterkonferenz sind bindende Entschlüsse noch nicht gefaßt worden, da Sir Edward Grey eine Antwort auf seine Anregung noch nicht von sämtlichen Mächten zugegangen ist. Es erscheint aber nicht ausgeschlossen, daß eine Einigung dahin erzielt werden wird, die Konferenz in London und möglichst gleichzeitig mit den Friedensverhandlungen stattfinden zu lassen. Man neigt der Ansicht zu, daß London gewissermaßen die neutrale Stadt ist und daher für die Abhaltung der Konferenz geeigneter erscheint als die anderen Hauptstädte der europäischen Großmächte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber den Stand des österreichisch-serbischen Konflikts wird dem „Lokal-Anz." geschrieben: Wenn auch von einer gewissen Entspannung des österreichisch-serbischen Adriakonflikts gesprochen werden kann, zumal Anzeichen vorhanden sind, daß die von keiner Großmacht unterstützten und somit isolierten Belgrader Politiker gesonnen sind, sich den maßvollen Forderungen der Donaumonarchie zu fügen, so kann das gleiche von dem Falle des Konsuls Prochaska leider noch nicht gesagt werden. Hier liegen noch keinerlei Meldungen vor, daß Serbien sich entschlossen hat, die Forderung nach Genugtuung, die Graf Berchtold inzwischen in Belgrad hat überreichen lassen, zu erfüllen. Sollte die serbische Regie-

SLUB Wir führen Wissen.